

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK ARTIKELFOLGE Amerikas große Flut

Die »Staatskrise« ist eine Bush-Krise

AMERIKAS GROßE FLUT Nicht der »arme«, der unfähige Staat hat in New Orleans versagt / *Josef Joffe*

Ist Katrina die Strafe für den knauserigen Staat, den sich Amerika verordnet hat, wie der Kanzler im »Duell« andeutete, um gegen die »neoliberale« Angela Merkel zu punkten? Gar die Rache der Götter für das Nein zu Kyoto, wie sein Umweltminister wähnt? Ganz so simpel ist die Sache nicht. Nicht Ohnmacht des Staates, sondern die Führungsschwäche der Regierungen ist die Crux - auf allen drei Ebenen: Stadt, Louisiana und Bund.

Wenn es die Strafe für Hybris ist, dann gilt sie postum jenen Franzosen, die New Orleans 1718 an einem Ort gegründet haben, der so sicher war wie Pompeji. The Big Easy liegt unter dem Meeresspiegel, umzingelt von drei wässrigen Feinden: dem Golf von Mexiko, dem Pontchartrain-See und dem Mississippi-Delta. Folglich war die Stadt seit jeher das vorbestimmte Opfer der Fluten. Lange vor Tritin und Kyoto, 1927, sprang der Mississippi aus seinem Bett und machte 700 000 Menschen obdachlos; die Zahl der Toten wird man nie kennen. 1957 schlug Audrey zu - bis zu 40 Kilometer landeinwärts. 1965 überflutete Betsy die Stadt. Weiter weg, im texanischen Galveston, kostete 1900 ein (damals noch namenloser) Sturm 6000 Menschen das Leben. »Seit fast drei Jahrhunderten«, schreibt Frederick Starr, Autor von vier Büchern über New Orleans, »wurde die Stadt von Fluten, Stürmen und Seuchen überwältigt.«

Katrina wäre in Wahrheit die

»Strafe« für 300 Jahre Besiedlung und Wachstum, die New Orleans zu einer der wichtigsten Hafenstädte Amerikas gemacht haben, vor allem für die Ölindustrie. In einem Krisengebiet, so groß wie Britannien, zeigt sich hier ein Gros, was auch die deutsche Flut von 2002 in ein Desaster verwandelte: Feuchtgebiete, die versiegelt oder bebaut worden sind, Dämme weiter oben am Fluss, die Wassermassen nach unten lenkten, Kanäle für die Schifffahrt, die auch die Erosion begünstigten. Die levees (Dämme) wuchsen höher, aber Bevölkerung und Industrie noch schneller, und beide wollten nicht auf den kostbaren Boden verzichten, den mächtigere Deiche verschlingen. »Je höher die Krone, desto breiter das Fundament«, sagt Max Spindler von der Universität Texas; »die Kosten wachsen exponentiell«.

Historisch falsch ist jedenfalls die Lesart, dass der amerikanische Staat aus Geiz oder Ideologie keine Vorsorge getroffen hätte. Der Flood Control Act von 1928 war außer der Finanzierung der beiden Weltkriege das teuerste Projekt, das der Kongress je bewilligt hat. Vor allem: Mit diesem Gesetz übernahm der angebliche »Nachwächterstaat« die Verantwortung für die Flutkontrolle auf dem unteren Mississippi. Dass der Bund für derlei Projekte auch nach 1928 reichlich Geld spendieren konnte, hat er 2000 mit sieben Milliarden Dollar zur Rettung der Everglades bewiesen. Dass er ebenso reichlich über Krisenkräfte verfügt, hat er auch gezeigt - bloß zu spät.

Inzwischen patrouillieren Tausende von GIs und Nationalgardisten in der Stadt, sind ein Flugzeugträger und ein Hospitalschiff aufgekreuzt, holen die Hubschrauber die Leute von den Dächern. Die Gestrandeten werden mit Wasser und Nahrung versorgt, von Bussen in die Auffanglager gekarrt. Was hat gefehlt?

Umsicht, Voraussicht und Führung, und die Liste der Verantwortlichen beginnt bei George W. Bush. Der war im Urlaub - wie Edmund Stoiber, der Kanzlerkandidat von 2002. Er hätte sofort den »Schröder« geben, die personifizierte Staatsmacht und Zuversicht am Ort zeigen müssen: »Hier bin ich - bei euch und für euch.« Sein Vize war in Wyoming in den Ferien, sein Verteidigungschef irgendwo, bloß nicht in New Orleans.

Bush hätte auch sofort den nationalen Notstand ausrufen und sich so die Macht verschaffen können, um die eifersüchtig bewachten Kompetenzen von Stadt und Bundesstaat auszuhebeln. Wäre der Notstand noch früher deklariert worden, hätte der Bund oder Louisiana auch die Zwangsevakuierung jener organisieren können, die partout nicht weichen wollten. Wären Bundestruppen sofort in New Orleans gelandet, hätten sie die marodierenden Banden stoppen können, die nicht aus Not, sondern aus Lust die Läden plünderten und die Polizei beschossen.

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Bürgermeister Ray Nagin und Gouverneurin Kathleen Blanco waren freilich schon immer da - ebenso wie die Funkgeräte hinter verschlossenen Türen, die aufgebrochen werden mussten, weil niemand die Schlüssel fand. » Hätte«, »wäre« - heute schieben

Bund, Stadt und Staat die Schuld hin und her, als ob sie dadurch verschwinden würde.

Trotzdem: Schuld hat immer der Allergrößte, und das ist der Präsident. Der amerikanische Staat ist weder arm noch ohnmächtig, wie

Schröder wähnt. Er hat einfach versagt, auf allen drei Ebenen. Die »Staatskrise« ist eine Bush-Krise, neben dem endlosen Irak-Krieg die übelste seiner Amtszeit.